

Wochenblatt für Wilsdruff

1. Beilage zu Nr. 142.

Sonnabend, den 7. Dezember 1912.

Des Krieges Ende.

Sofia, 4. Dez. Der Waffenstillstand wurde von den bulgarischen Bevollmächtigten im Namen Bulgariens, Serbiens, Montenegros unterzeichnet. Griechenland bedang sich eine Frist von 24 Stunden aus.

Es gefällt unseren grausamen Instinkten mehr, einen Krieg deshalb beendet zu sehen, weil eine Nation unter dem kraftvollen Ansturm einer andern zusammenbricht, als aus dem Grunde, weil beide Kämpfer völlig außer Atem geraten sind und nur noch kraftlos mit den Armen fuchteln. Im Balkankrieg haben wir dieses weniger heroische Bild, denn die bulgarische Völkerwelle brandet ohnmächtig an die Dämme von Tschataldscha, und umgekehrt, die Türken können eine Gegenoffensive nicht mehr durchführen.

In dieser Lage haben die Kriegführenden sich entschlossen, einen Waffenstillstand einzugehen, an den sich am 13. Dezember unmittelbar der Beginn der Friedensverhandlungen knüpfen soll. Am Dienstag spät abends wurde der denkwürdige Beschluß nach genau achtwöchiger Dauer des Krieges unterzeichnet. Die beiderseitigen Armeen bleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen, die Festungen bleiben zerniert und dürfen nicht etwa mit Lebensmitteln versehen werden, die Blockade der Schwarzen Meer-Küste wird nach zehn Tagen aufgehoben, so daß über Barina und Midia dem bulgarisch-serbischen Heere vor der Tschataldscha-Linie von da ab der Proviant auf dem bequemsten Wege zugeführt werden kann. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, in denen die Übergabe der belagerten Festungen, aber auch ihre Verproviantierung abgelehnt wird, lassen deutlich erkennen, daß zwar der Sieg der Verbündeten nicht bestritten, daß man aber auch dem letzten energischen Widerstande der Türken gerecht wird.

Der Traktat über den Waffenstillstand ist also unterzeichnet. Nur fehlt vorläufig der griechische Bundesgenosse unter dem Schriftstück, so daß es sich also unter Umständen um einen Separatfrieden von Bulgarien, Serbien, Montenegro mit der Türkei handeln würde. Eine Separatfrieden, das lehrt uns die Weltgeschichte, bedeutet immer den Keim zu einem neuen Kriege, der diesmal vielleicht der „bulgarisch-griechische“ heißen wird. Bei dem Einmarsch in Saloniki gerieten sich bereits die Truppen beider Kontingente in die Haare, und seitdem ist es noch schlimmer geworden, ja fast „wie früher“, wo in Mazedonien griechische und bulgarische Banden einander massakrierten und ganze Dörfer in Schutt und Asche legten, um nur immer wieder die nationale „Sprachgrenze“ verschoben zu können. Man bewarf einander an Ort und Stelle mit Dynamit, in der europäischen Presse mit Stinkbomben; in Berlin sah jahrelang ein von der Athener Regierung besoldeter Literat, Eleutherios Nikolaides, der nur die Aufgabe hatte, Notizen über „bulgarische Gräueltaten“ unterzubringen, und ähnlich arbeiteten die Bulgaren. Jetzt hat Griechenland sich zu nicht geweiigert, den Waffenstillstand anzuerkennen, weil erstens die Frage, ob Saloniki griechisch oder bulgarisch sein solle, offen gelassen ist, und zweitens das belagerte Ionina sich noch nicht ergeben hat. Man braucht diese „Unbedingungen“ nicht tragisch zu nehmen. Allein gelassen, werden sie bald klein beige geben müssen. Aber in den geplanten dauernden Balkanbund ist jedenfalls ein gründlicher Keil getrieben.

Mit gesteigertem Interesse wird man nun den Friedensverhandlungen in London entgegensehen, die am Freitag nächster Woche ihren Anfang nehmen. Was dabei herauskommen wird, wissen die Beteiligten selber wohl noch nicht, soviel aber ist klar, daß der Balkankrieg zu Ende ist; ein Heer, das wochenlang untätig liegt, während über den Frieden verhandelt wird, hat nachher keine Lust mehr zu großen Aktionen.

Frieden für ganz Europa ist damit aber noch nicht geschafft worden. Von heute auf morgen kann ein bulgarisch-griechischer, ein rumänisch-bulgarischer, ein serbisch-österreichischer Krieg, ja ein Weltkrieg entbrechen. Von Köln aus ist in einem hochweisen Artikel „Krieg oder Frieden?“ darauf hingewiesen worden. Sein offizieller Ursprung wird demütiert, — aber dabei war es der offizielle Telegraph, der den Artikel sofort verbreitet. Unter Bulgarer müssen wir immer noch trocken halten; in Österreich-Ungarn rechnet man bestimmt mit einem Winterfeldzug.

Vom Balkan und den Mächten.

Die Weihnachtszeit wird wohl auch schon dem vielgepöhlten Balkan den ersehnten Frieden bringen, nachdem am 13. Dezember die Friedensverhandlungen in London begonnen haben werden. Warum sind die Verhandlungen gerade in London? Erst vermutete man, der Engländerfreund Kiamil habe den Vorschlag gemacht, jetzt verlautet aber aus Sofia, daß es Bulgarien war, das im Vertrauen auf die friedliebende englische Politik für den englischen Einfluß einen schnellen und günstigen Verlauf der Friedensverhandlungen. So rüsten sich denn schon die Delegierten aller fünf Balkanstaaten zur Reise nach der englischen Hauptstadt. Wir Deutschen können jedenfalls mit der Wahl zufrieden sein und im Gegenzug zu Frankreich neiblos auf die Engländer blicken, denn der berühmte Berliner Kongreß hat uns mehr Sorge und Ärger bereitet als Ruhm geschaffen.

Poincaré über die Lage.

Am Donnerstag nachmittag nahm auch der französische Ministerpräsident im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten Beranlassung, sich über die allgemeine politische Lage zu äußern. Er betonte eingangs seiner Ausführungen, daß er sich eine große Zurückhaltung auferlegen müsse, denn die Physiognomie der Ereignisse sei noch weit von einer endgültigen Festlegung entfernt.

Die zwischen den Mächten gepflogenen Verhandlungen könnten nicht ohne vorheriges Abkommen bekannt gegeben werden.

Nur die Grundsätze der französischen Politik vermöge er daher klar zu charakterisieren. Frankreich habe alles, was in seinen Kräften stand, getan, um den Konflikt der Balkanstaaten zu beschwören. Frankreich habe von Anfang an mit gutem Willen an dem regelmäßigen täglichen Meinungsaustausch zwischen allen Mächten Europas teilgenommen. Frankreich glaube, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in einer gemeinsamen und übereinstimmenden Aktion gelöst werden müssen.

Die hochbeinigen Griechen.

Vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit hatte sich Griechenland zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes ausgedehnt. Die Zeit ist dahin und immer noch fehlt die griechische Unterschrift unter dem Protokoll. Vorläufig sträubt man sich in Athen noch.

Athen, 5. Dez. Griechenland beharrt auf der Fortdauer seiner Blockade im Ägäischen Meere, da es in der Verfolgung seiner Interessen sonst zu sehr behindert sei.

In allen anderen Kabinetten hält man jedoch an der Auffassung fest, daß Griechenland ebenfalls bald seine Zustimmung geben werde, da es sonst bei den eigentlichen Friedensverhandlungen auf keine Unterstützung von seinen Verbündeten werde rechnen können. Schon bei den Beratungen vor Tschataldscha wurden die Griechen von den Bulgaren sehr schlecht behandelt.

Neues Bombardement Salonas.

Die griechischen Kanonenboote haben sich erneut an der albanischen Küste gezeigt und Salonas wieder beschossen. Eine Granate schlug zwischen dem italienischen und dem österreichischen Konsulat ein. Auf Befragen durch Parlamentäre erklärte der griechische Flottenkommandant, er habe den Befehl erhalten, die albanische Küste zu blockieren, da sie türkisches Gebiet sei, und glaube daher, rechtmäßig gehandelt zu haben. Er erklärte weiter, daß die Stadt Salonas Griechenland ergeben müsse, daß die Albaner nicht rote Brüder behandelt habe. Daraus ersehen wir, daß die Kanonenboote, diesmal Komal-Bei hat sofort telegraphisch bei den Großmächten und bei der griechischen Regierung Protest eingelegt. Wahrscheinlich werden Italien und Österreich energisch gegen ein solches Vorgehen protestieren.

Dreibund und Tripelentente.

Eine erfreuliche Friedensschalmel kommt aus Wien. Das offizielle „Wiener Fremdenblatt“ stellt fest, daß Dreibund und Tripelentente sich nunmehr vollkommen einig darin seien, jedwede aus dem Balkankriege entstehenden Verwicklungen zu verhindern. Wichtige Anzeichen erlaubten diese Schlussfolgerung. Das Blatt führt dafür eine Reihe Beweise aus den letzten Tagen an, so vor allem den Vorschlag Grenz, der allseitig sympathisch aufgenommen worden sei, sowie die Auslassungen der „Koffija“, die zeigten, daß das offizielle Russland sich nicht der Eufonie verschleie, daß die gegenwärtig schwebenden Fragen einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden müßten. Man könne danach hoffen, daß die jetzige Krise mit diplomatischen Mitteln gelöst werden würde. Überraschungen erster Natur scheinen daher, wie die Dinge heute liegen, nur von einer außerhalb der beiden europäischen Mächtegruppen liegenden Seite entstehen zu können.

Ferdinand sammelt Kriegsendanten.

Von König Ferdinand von Bulgarien weiß man schon lange, daß er ein eifriger Naturwissenschaftler ist und seine darauf bezüglichen Sammlungen weit über das Laienhafte hinausgehen. Das ist nicht neben der Politik sein Lebenszweck zu sein, indessen ist man bei richtiggehenden Sammlern nie vor einem plötzlichen Gemütswechsel sicher. So auch bei dem Zaren Ferdinand. Jetzt kommt aus Konstantinopel die seltsame Kunde, König Ferdinand habe sich den türkischen Eisenbahnwagen, in dem das Waffenstillstandsprotokoll unterzeichnet wurde, als Andenken erbeten. Großwesir Kiamil hat sofort versprochen, diesem Eruchen zu willfahren. Man versichert, daß die Unterfertiger des Protokolls ihre Namen in eine Feinstreife des Wagonabteils eingraviert haben. — Fehlt noch, daß man um diesen Spielwagen der Orient-Gesellschaft ein Museum herum baut.

Verschiedene Meldungen.

Wien, 5. Dez. Die „Reichspost“ fordert zu Sammlungen für die österreichischen Soldaten auf, die heuer das Weihnachtsfest fern von ihren Lieben, losgerissen von der Heimat, inmitten des rauhen Winters, in unwirklichen Gegenden in verantwortungsvollem Dienst feiern müssen.

Belgrad, 5. Dez. Kronprinz Alexander ist mit dem ganzen Armeestabquartier aus Saloniki in Aßak eingetroffen.

Cefinje, 5. Dez. Der Befehl zur Einstellung der militärischen Operationen auf allen Gefechtslinien wurde im Laufe des Tages den Truppenkommandanten mitgeteilt.

Österreichisch-serbischer Konflikt.

Nachdem der Waffenstillstand von Tschataldscha, wenn auch zunächst ohne die Griechen, geschlossen ist und die Friedensverhandlungen in wenigen Tagen beginnen, darf man den Balkankrieg als beendet betrachten, falls sich die feindlichen Balkanbrüder nicht noch untereinander hauen, was schließlich nicht ausgeschlossen ist. Indessen steht das nicht mehr so im Vordergrund des Interesses, als die trotz aller Friedensversicherungen nach wie vor sehr gespannte Lage in Europa; Österreich auf der einen und das durch Russland gestützte Serbien auf der anderen Seite.

Bedorftendes österreichisches Ultimatum.

Nicht mehr der Adriakonflikt beherrscht jetzt allein die politische Situation in Wien. Da hätte man Serbien schon schnell klein gekriegt. Schlimmer ist eigentlich und für die Aufrechterhaltung des Friedens gefährlicher der Fall des Konsuls Prochaska. Dilem und damit Österreich-Ungarn selbst scheinen die Serben so übel mitgespielt zu haben, daß sich die Habsburgische Monarchie in ihrer Ehre verletzt fühlt. Und das sind leider Dinge, in denen die Völker nicht zu spaßen pflegen. Österreich hat auch bereits in Belgrad energisch Genehmigung verlangt, ohne daß die serbische Regierung bis jetzt diesem Verlangen Folge geleistet hat. Sollte Serbien sich auch weiterhin nicht dazu verstehen wollen, so wird Österreich, wie mit Bestimmtheit aus Wien verlautet, Genehmigung in Form eines kurzfristigen Ultimatus fordern. Dann muß sich die schwere Entscheidungfrage: „Krieg oder Frieden?“ in wenigen Stunden entscheiden.

Die wilde russische Presse.

Die Reichskanzlerrede hat in Russland lange nicht den freudigen Widerhall ausgelöst, wie in fast allen übrigen Großstaaten. Die „Nowoje Wremja“ behauptet, die österreichisch-ungarische Kriegstüchtigkeit liege lange nicht auf der Höhe, und fährt dann fort: „Unter solchen Bedingungen dürfte Deutschland eine Kriegsdrohung sich wohl überlegen, wie mächtig es auch sei. Mit ganz Europa könne es den Kampf nicht aufnehmen. Das deutsche Volk sei außerdem nicht gekommen, die jahrelange Arbeit der Armee, der Flotte, des Handels und der Industrie einer Raune Österreichs zu opfern.“ Die „Nowoje Wremja“ rät endlich der russischen Staatsrentei, die Milliarden Staatsgelder, die sich in deutschen Banken befinden, vorwärts halber zurückzugeben. Der „Reich“ fordert daraufhin Sazonow auf, Russlands Programm in der Duma darzulegen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zweite sächsische Kammer hat das neue sächsische Volksschulgesetz angenommen, allerdings mit mehrfachen grundlegenden Abänderungen. Es wurde u. a. beschlossen, die Einführung der allgemeinen Volksschule mit einer höheren Abteilung vom dritten Schuljahre an, ferner Schulgeldfreiheit, konfessionelle Volksschule, Befreiung der Disfidentenlinder vom Religionsunterricht, Einrichtung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule, Wegfall des Gelübisses der Bekennnistreue durch den Lehrer, die Möglichkeit, daß Frauen Mitglieder des Schulvorstandes sein können, sowie die Einführung eines Landesschulbeirats. Die Abstimmung war eine namentliche, die Annahme erfolgte mit 61 gegen 28 Stimmen. Die Konserverativen stimmten geschlossen dagegen. Ein National-liberaler enthielt sich der Abstimmung. Das Gesetz geht nunmehr an die Erste Kammer. Ob diese allerdings das Gesetz in der abgeänderten Form annehmen wird, scheint einermatten fraglich zu sein.

In Dresden fand am Donnerstag in Gegenwart des Königs August die Jubelfeier der fünf sächsischen Handelskammern Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bittau und Plauen statt, die vor 50 Jahren geschaffen wurden. Der König hielt bei der Gelegenheit eine Ansprache, in der er betonte: „Ich habe die feste Zuversicht, daß dem Deutschen Reiche unter der Führung seines Kaisers und unter dem Schutze seiner Land- und Seemacht die Segnungen des Friedens noch lange erhalten bleiben. Wir alle aber, die wir uns der Vorteile des Friedens erfreuen, wir wollen es uns in diesen ersten Zeiten gesagt sein lassen, daß wir uns dieses kostbare Gut nur wahren, wenn wir uns fernhalten von aller weltlichen Gemütsucht und wenn wir gewillt sind, nicht nur im gebotenen Augenblick Gut und Blut einzusetzen, sondern unser persönliches Wohl dem Dienste des Vaterlandes unterzuordnen.“

Die Bestimmungen über Diplomaten, die in der Praxis etwas sehr in Vergessenheit gekommen sind, sollen nach einer Verfügung des Reichskanzlers wieder schärfer gehandhabt werden. So ist es untern Diplomaten im auswärtigen Dienst nicht gestattet, eine Ehe mit einer Ausländerin einzugehen, weil man das im Interesse des Dienstes für unzulässig hält. Dieses Verbot ist bisher kaum wirksam geworden. In Zukunft sollen jedoch diejenigen, die absolut eine Ausländerin heiraten wollen, keine weitere Verwendung mehr im auswärtigen Dienst finden.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Delbrück beabsichtigt schon jetzt vermittelnd in die Tarifverhandlungen im Baugewerbe einzugreifen. So hat er an den Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in München ein Schreiben gerichtet, in dem er es im öffentlichen Interesse für zweckmäßig erklärt, schon jetzt die Einleitung von Tarifverhandlungen im Baugewerbe vorzunehmen. Der Tarif läuft zwar erst am 31. März ab, es drohe jedoch ein so schwerer Kampf im Baugewerbe, daß alles getan werden müsse, um ihm schon jetzt vorzubeugen.

Der Kronprinz von Rumänien stattete am Mittwoch dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg einen etwa einstündigen Besuch ab und folgte dann einer Einladung des rumänischen Gesandten Dr. Veldiman zur Frühstückstafel in der Gesandtschaft. Dazu war auch Staatssekretär v. Ribbentrop-Wächter geladen. Donnerstag vormittag um 8 1/2 Uhr verließ der Kronprinz Berlin, um nach Bukarest zurückzukehren. Der Besuch in Berlin ist jedenfalls von Bedeutung für die bevorstehenden Entscheidungen Rumäniens in politischer oder militärischer Beziehung. Zur Verabschiedung war auf dem Bahnhof in Berlin Staatssekretär v. Ribbentrop-Wächter erschienen. Wie endlich die „Reichspost“ wissen will, wird sich der Kronprinz auf der Rückreise von Berlin in Wien aufhalten, bei Kaiser Franz Josef in Audienz erscheinen und auch mit dem Minister des Äußern Grafen Berchtold eine Begegnung haben.